

---

## Fact Sheet

---

**Demokratiekonferenz vom 21./22. Juni 2012 in Aarau; Prof. Dr. Theo Schiller**

---

### Zur Person

Dr. phil, Jahrgang 1942, Promotion 1968 Universität Bonn. Politikberatung in Bonn. 1974 bis zur Emeritierung 2007 Professor für Politikwissenschaft an der Philipps Universität Marburg mit den Schwerpunkten deutsche, europäische und vergleichende Politik, besonders Demokratieforschung. 1997-2001 Vizepräsident der Philipps Universität Marburg. Leiter der Forschungsstelle für Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie. Mitglied im Kuratorium von "Mehr Demokratie"; Mitarbeit im Initiative and Referendum Institute (IRI) Europe.

### Referat: Repräsentation und Legitimation bei Bürgerbeteiligung

Die Konkordanzdemokratie der Schweiz und die direkte Demokratie wirken nach verbreiteter Meinung bremsend, aber auch integrativ und innovativ auf die politischen Entscheidungsprozesse, begrenzen die Rolle der Parteien, den Wählereinfluss auf Parteien und Regierungszusammensetzung und somit die Wahlbeteiligung und stärken den Einfluss großer Verbände. Die Parteien stellen die Legitimation der direkten Volksentscheidungen nicht explizit in Frage, wollen aber auf Bundesebene keine einfache Gesetzesinitiative neben der Volksinitiative für Verfassungsänderungen.

Finanzierungsbeschränkungen und Transparenzvorschriften für Parteien und Abstimmungskampagnen existieren kaum, sei es wegen allgemeinen Misstrauens gegenüber staatlichen Regelungen, wegen teilweise faktischer Transparenz oder wegen fehlender Durchsetzungsmöglichkeiten gegenüber starken Verbänden oder Finanziers. Das Recht, über standortbezogene Großprojekte abzustimmen, wird auf allen Ebenen in der Regel nicht in Zweifel gezogen; die Zuständigkeitsebene kann aber strittig sein. Zusätzliche umfangreiche "deliberative" Bürgerbeteiligungen werden jedoch zur Entscheidungsvorbereitung für erforderlich gehalten. In Kantonen und Gemeinden zeigen langjährige Erfahrungen, dass direktdemokratische Verfahren im Finanzbereich Sparsamkeit bei Ausgaben und Einnahmen fördern. Umstritten bleibt hingegen die Einführung des Finanzreferendums auf Bundesebene.